## Beschlußantrag

der Landtagsabgeordneten Otmar Brix (SPÖ), Barbara Schöfnagel (FPÖ), Dr. Johannes Hawlik (ÖVP) und Hannelore Weber (GA), betreffend Verhinderung der Errichtung von grenznahen Atomkraftwerken - Aktion "Schadenersatz-Voranmeldungen", eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 1. Juli 1993.

Das derzeit in Bau befindliche Atomkraftwerk Temelin befindet sich nur ca. 180 km Luftlinie von der Stadt Wien entfernt. Bei einem Störfall würde sich Wien in der extrem gefährdeten Zone befinden.

Im Interesse der Wiener Bevölkerung sind daher alle Schritte zu setzen, um die Inbetriebnahme dieses Kraftwerkes zu verhindern.

Die Plattform gegen Atomgefahren sammelt derzeit Schadenersatzvoranmeldungen. Da die Wahrscheinlichkeit eines Störfalles in einem Maße gegeben ist, der Versicherungen veranlaßt, die Übernahme dieses Risikos abzulehnen, wird die Betreiberfirma darauf aufmerksam gemacht, daß sie im Schadensfall gem. §§ 1293 ff ABGB für Schäden, die aus dem Betrieb der Anlage österreichischen Bürgern erwachsen könnten, haftet. Ziel dieser Aktion ist es, den Bau- und Betreiberfirmen klar zu machen, welche finanzielle Auswirkungen ein Störfall in Temelin für sie haben könnte und sie zu bewegen, ihren Auftrag zurückzulegen. Dadurch würde die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes weiter verzögert und die Chancen für die Realisierung anderer Energiequellen für Tschechien größer.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 36 Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden Eng.

Beschlußantrag:

14841LA+183

Der Wiener Landtag unterstützt alle Aktionen die dazu angetan sind, die weitere Errichtung von grenznahen Atomkraftwerken zu verhindern. Insbesondere sollen Überlegungen hinsichtlich der konkreten Beteiligung (z. B. Öffentlichkeitsarbeit und Verteilung der Formulare) an der Aktion "Schadenersatz-Voranmeldungen" der überparteilichen Plattform gegen Atomgefahren angestellt werden.

Wien, 1. Juli 1993

Odmer M. S. Pokuag Roes Zily M. Mider